
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

KNELL: NEIN ZUR ANHÖRUNG ZUR JAGDVERORDNUNG IST SCHLAG INS GESICHT DER JÄGERSCHAFT

07.09.2022

- Bestehende Verordnung muss evaluiert werden
- Schwarz-Grün verhindert transparentes Vorgehen
- Jagdverbot für Feldhase und Rebhuhn wildbiologisch nicht zu begründen

Wiebke KNELL, jagdpolitische Sprecherin der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, hat sich entsetzt über das Verhalten der schwarz-grünen Koalition gezeigt, die heute im Umweltausschuss eine von Freien Demokraten und SPD beantragte mündliche Anhörung zur Hessischen Jagdverordnung abgelehnt hat. „Die Koalition verhindert damit ein transparentes Vorgehen bei der Evaluierung der zum Jahresende auslaufenden Verordnung. Die zahlreichen Beschwerden aus der Jägerschaft sind der Koalition offenbar völlig egal. Das ist ein Schlag ins Gesicht der engagierten Jägerinnen und Jäger“, kritisiert Knell. Die Jagdverordnung ist für den Jagdbetrieb relevant, vor allem, weil sie Jagd- und Schonzeiten regelt.

Knell bedauert die Blockadehaltung der Koalition und kündigt weitere parlamentarische Initiativen an. Sie befürchtet, dass Umweltministerin Priska Hinz erneut per Verordnung in die Eigentumsrechte der Jägerinnen und Jäger eingreifen möchte. Ähnlich war sie bereits vor einigen Jahren vorgegangen, als die Jagdzeiten unter anderem für Jungwaschbären eingeschränkt werden sollten. Der Staatsgerichtshof hatte diesen Eingriff im Februar 2020 als unverhältnismäßig eingestuft, und die Jagdverordnung musste entsprechend geändert werden.

Konkret sollen nun Jagdzeiten für Feldhasen und Rebhühner wegfallen. „Ein solcher Eingriff wäre wildbiologisch gar nicht zu begründen“, erklärt Knell. „Die Vorstellung, es

gebe in Zukunft besonders viele Feldhasen oder Rebhühner, wenn man die Jagd darauf verbietet, ist falsch. Jägerinnen und Jäger beteiligen sich an zahlreichen Natur- und Artenschutzmaßnahmen: Sie bejagen Füchse und Waschbären, was die Feldhasen- und Rebhuhnbestände stärkt, betreiben Hege und vieles mehr“, gibt Knell zu bedenken. Außerdem würden sowohl Feldhase als auch Rebhuhn sehr zurückhaltend bejagt. „Die Jägerinnen und Jäger gehen sehr verantwortungsvoll mit ihren Rechten um und haben auch selbst Interesse an gesunden und stabilen Beständen. Dazu braucht es keine Eingriffe der Ministerin.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden
Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de